



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Venezuela – Juli bis Dezember 2024

31. Dezember 2024

08. Juli 2024

Tren de Aragua-Mitbegründer in Kolumbien verhaftet

Am 01.07.24 hat die kolumbianische Polizei einen der Mitbegründer und führendes Mitglied der Tren de Aragua, Larry Álvarez Nuñez alias Larry Changa, im Department Quindío in Kolumbien festgenommen. Der im Jahr 2015 aus dem Tocatorón-Gefängnis im Bundesstaat Aragua geflohene Álvarez hatte sich verschiedenen Quellen zufolge zunächst in Chile aufgehalten und sei zuletzt laut dem kolumbianischen Verteidigungsministerium in Kolumbien aufhältig und für die dortige Expansionsstrategie der kriminellen Bande verantwortlich gewesen. Chilenischen Polizeiangaben zufolge habe er aus Kolumbien jedoch ebenfalls noch die Geschäfte Tren de Araguas in Chile geleitet. Insight Crime sieht seine Festnahme daher neben der Gefängnisrazzia im Tocatorón-Gefängnis im September 2023 als wichtigsten Schlag gegen die kriminelle Bande in jüngster Zeit, welcher möglicherweise zu einer weiteren Fragmentierung der Gruppierung führen könnte.¹

15. Juli 2024

Offizieller Wahlkampfstart: Weitere repressive Akte, Festnahmen, Wählerregistrierungshürden

Seit Beginn des offiziellen Wahlkampfstarts am 04.07.24 hat es in verschiedenen Bundesstaaten weitere Festnahmen von Mitgliedern, Unterstützenden sowie Dienstleistern der Opposition gegeben, darunter auch Parteimitglieder der Parteien Voluntad Popular, Un Nuevo Tiempo sowie Causa R. Mehrere Festgenommene haben die Kampagne des oppositionellen Einheitskandidaten González Urrutia und María Corina Machados nur logistisch unterstützt. Zuletzt seien laut Oppositionsangaben zwischen dem 13.07. und 14.07.24 weitere acht Personen in den Bundesstaaten Anzoátegui, Carabobo, Monagas und Portuguesa festgenommen worden, darunter bspw. die Besitzerin eines Fahrzeugs, das González Urrutia und Machado in Valencia für ihre Kampagne genutzt hätten. Der Besitzerin und zwei weiteren Personen würden seitens der Generalstaatsanwaltschaft u.a. Erpressung sowie vermeintliche Verletzung von Amtstragenden zur Last gelegt. Zudem seien das Haus und Unternehmen eines Geschäftsmanns durchsucht und er selbst am 11.07.24 festgenommen worden, nachdem er Machado Ende Juni in seinem Haus im Bundesstaat Táchira im Zuge ihrer Kampagne beherbergt hätte. Ihm würden laut Generalstaatsanwaltschaft u.a. Diebstahl von strategischem Material zur Sabotage der Stromversorgung vorgeworfen. Zudem seien weitere Geschäfte, die González Urrutia und Machado Dienstleistungen in verschiedenen Bundesstaaten angeboten hätten, wie Hotels und Restaurants, durch die Steuerbehörde SENIAT mindestens kurzzeitig geschlossen worden. Daneben komme es immer wieder zu Straßensperrungen auf Oppositionsrouten. Auch die Blockade von Webseiten, wie die der Beobachtungsstelle für Fake News, seitens diverser Internetanbieter ist zuletzt vermeldet worden.

Bereits zuvor hatte es in den letzten Wochen zahlreiche Berichte und Kritik an bürokratischen Hürden gegeben, die zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Registrierung im Wahlregister bzw. Aktualisierung der Daten insbesondere für Venezolanerinnen und Venezolaner im Ausland geführt haben. Ein Großteil der volljährigen, venezolanischen Diaspora habe sich demnach in den Auslandsvertretungen nicht registrieren können oder ihre Wahlbüros seien aufgrund nicht vorhandener Auslandsvertretungen inaktiv. Laut Angaben des Obersten Wahlrates seien demnach nur rund 69.200 Venezolanerinnen und Venezolaner im Ausland für die Wahlen am 28.07.24 registriert.²

22. Juli 2024

Weitere Festnahmen in Zusammenhang mit Wahlkampagne des Einheitskandidaten der Opposition

Laut Angaben der NGO Foro Penal vom 16.07.24 seien im Jahr 2024 bisher insgesamt 114 Personen aus politischen Gründen festgenommen worden. 102 dieser Festnahmen stünden in Zusammenhang mit der Wahlkampagne des Einheitskandidaten der Opposition González Urrutia sowie Wahlkampfveranstaltungen von María Corina Machado. Allein seit Beginn des offiziellen Wahlkampfstarts am 04.07.24 belaufe sich die Zahl der Festgenommenen auf über 75 Personen. Laut Angaben der NGO Laboratorio de Paz sei ein großer Teil der Verhaftungen im Bundesstaat Táchira erfolgt. Zuletzt sei laut Angaben von Vente Venezuela am 17.07.24 der Sicherheitschef von Machado, Milciades Ávila, festgenommen worden; jedoch sei er am Folgetag unter Auflagen wieder freigelassen worden.³

29. Juli 2024

Präsidentenwahlen: Oberste Wahlbehörde erklärt Maduro zum Sieger

Bei den Präsidentenwahlen am 28.07.24 standen neben dem Amtsinhaber Maduro und dem Einheitskandidaten der Opposition, González Urrutia, acht weitere Kandidaten zur Wahl. Das Wahlsystem ist automatisiert, zum Gewinn der Wahl reicht die einfache Mehrheit im ersten Wahlgang. Am Vorabend der Wahl und in den frühen Morgenstunden hatten sich bereits Schlangen vor einigen Wahllokalen gebildet.

Während die Generalstaatsanwaltschaft von grundsätzlich friedlichen Wahlen ohne nennenswerte Zwischenfälle berichtete, sei es laut Angaben der Opposition zu Einschüchterungsversuchen vor einigen Wahllokalen durch regierungsnahen Gruppen (sog. colectivos) gekommen. Auch in Zusammenhang mit der Auszählung, dem Zugang von offiziellen Wahlzeugen zu Wahllokalen und der Übermittlung der Ergebnisse sprach die Opposition von Unregelmäßigkeiten.

Nach Auszählung von rd. 80 % der Stimmen hat die regierungsnahen Oberste Wahlbehörde (CNE) kurz nach Mitternacht (Ortszeit) am 29.07.24 Amtsinhaber Maduro mit über 51 % Stimmanteil zum Sieger der Wahl erklärt, die Wahlbeteiligung habe laut dem Gremium bei 59 % gelegen. Bisher sind jedoch keine offiziellen Auszählungsergebnisse veröffentlicht worden, eine unabhängige Überprüfung der Ergebnisse sei demnach Medienberichten zufolge aktuell nicht möglich. Auch verschiedene regionale Mandatstragende riefen zur Veröffentlichung der Ergebnisse sowie zu Transparenz auf. Während bereits einige vorwiegend linksgerichtete, teils autoritäre Regierungen Maduro zum Sieg gratulierten, zweifelten andere Regierungen die Ergebnisse an. Die Opposition selbst erkennt das Ergebnis nicht an, da sie aufgrund der ihr zugänglichen Wahlprotokolle weiterhin von einem Sieg ihres Kandidaten González Urrutia ausgeht. Es bleibt abzuwarten, wie sich die stark polarisierte Situation vor Ort entwickeln wird. Die Amtsperiode des neuen Präsidenten beginnt erst im Januar 2025.

Während bereits vor zwei Monaten die Wahlbeobachtungsmission der EU wieder eingeladen worden war (vgl. BN v. 03.06.24), teilten im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen mehrere lateinamerikanische Ex-Präsidenten sowie Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus Nachbarländern bzw. Spanien mit, an der (Ein)Reise nach Venezuela zur Wahlbeobachtung gehindert worden zu sein. Daneben ist von kurzfristiger Verlegung von Wahllokalen berichtet worden.

Bereits zuvor war neben zahlreichen Verhaftungen von Oppositionsmitgliedern und -unterstützenden im Wahlkampagnenkontext, zuletzt erneut am 26.07. und 27.07.24, und (temporären) Schließungen von Dienstleistungsbetrieben (vgl. BN v. 15.07. u. 22.07.24) auch von der (zeitweisen) Sperrung mehrerer Medienportale und Webseiten von NGOs berichtet worden. Daneben hatte es zahlreiche Hürden der Wählerregistrierung insbesondere für im Ausland lebende venezolanische Staatsangehörige gegeben (vgl. BN v. 15.07.24). Die

eigentliche Gewinnerin der Vorwahlen der Opposition, María Corina Machado, war für die Ausübung öffentlicher Ämter gesperrt worden (vgl. BN v. 29.01.24).⁴

05. August 2024

Proteste im Nachgang der Präsidentschaftswahlen: Tötungsdelikte, Verletzte und weitere Festnahmen

An den Folgetagen der Präsidentschaftswahl kam es in verschiedenen Landesteilen immer wieder zu erheblichen Protesten gegen das vom Obersten Wahlrat (CNE) veröffentlichte und höchst umstrittene Wahlergebnis und zu Rücktrittsforderungen gegen Staatspräsident Maduro.

Zahlreiche Regierungen und Organisationen hatten die Veröffentlichung der nach Wahllokale aufgeschlüsselten Ergebnisse vom CNE gefordert, was nach wie vor nicht erfolgt ist. Während der CNE am 02.08.24 nach Auszählung von fast 97 % der Stimmen erneut bestätigte, dass Staatspräsident Maduro die Wahlen gewonnen habe, gab die Opposition auf Basis der ihr vorliegenden Wahlprotokolle aus einem Großteil der Wahllokale an, dass González Urrutia eine deutliche Stimmenmehrheit erhalten habe. Die Opposition hat die ihr zugänglichen, rd. 80 % der Wahlprotokolle mittlerweile auf einer Webseite zur Prüfung durch unabhängige Stellen und Selbsteinsicht der Wählenden ihres eigenen Wahllokals mittels Eingabe ihrer persönlichen Identifikationsnummer veröffentlicht. Die USA, EU und weitere Länder gaben auch auf dieser Basis zuletzt an, den Wahlsieg Maduros nicht anzuerkennen.

Bereits am 29.07.24 hatte Staatspräsident Maduro angekündigt, das Personal von sieben lateinamerikanischen Ländern nach Äußerungen in Bezug zu den Wahlen auszuweisen, darunter auch die Mitarbeitenden der argentinischen Botschaft. Dort hielten sich nach wie vor mehrere Mitarbeitende von Vente Venezuela im Botschaftsasyl auf. Brasilien soll nun den Schutz der entsprechenden Personen übernehmen.

Bereits am 31.07.24 hatte Maduro den regierungsnahen Obersten Gerichtshof (TSJ) zu einer vermeintlich unabhängigen Prüfung des Wahlergebnisses aufgefordert. Am 02.08.24 sollten in diesem Zusammenhang alle Wahlteilnehmenden vor dem TSJ erscheinen, González Urrutia ließ das Treffen allerdings ausfallen.

María Corina Machado (Vente Venezuela) hatte sich zuletzt eigenen Angaben zufolge aus Angst vor einer Verhaftung bzw. um ihr Leben bis zu einer großen Demonstration am 03.08.24 versteckt gehalten. Oppositionsangaben zufolge hatte es außerdem bereits am 02.08.24 einen Angriff auf das Wahlkampfbüro von Machado in Caracas durch bewaffnete, verummte Männer gegeben. Die Räumlichkeiten seien dabei verwüstet und verschiedene Dokumente gestohlen worden.

Laut Angaben der NGO Foro Penal konnten zwischen 29.07.24 bis zum Morgen des 04.08.24 (10 Uhr Ortszeit) fast 1.000 Festnahmen im Zuge der Proteste verifiziert werden, darunter auch Minderjährige. Präsident Maduro selbst sprach bei einer Kundgebung am 03.08.24 von fast 2.000 Verhaftungen. Die Verhafteten sollen u.a. in das Tocarón Gefängnis gebracht werden. Foro Penal warnte vor Verfahren ohne Prozessgarantien sowie der Verweigerung der Vertretung durch selbst gewählte Anwälte.

Auch einige prominenterer Parteimitglieder, darunter Freddy Superlano (Voluntad Popular) sollen festgenommen worden sein. Die NGO Monitor de Víctimas spricht bisher von 22 verifizierten getöteten Personen u.a. durch Colectivos, Militär und Polizei in Zusammenhang mit den Protesten. Zudem vermeldeten einzelne Portale auch verstärkte Einschüchterungsmaßnahmen zur Unterbindung von Demonstrationen, insbesondere gegen Bewohnerinnen und Bewohner von ärmeren Stadtvierteln, die in der Vergangenheit Hauptbasen des Chavismo waren. Die Lage vor Ort bleibt weiterhin angespannt.⁵

12. August 2024

Aktuelle Lage: Andauernde Repressionen

Die Spannungen im Land dauern an, detaillierte Wahlergebnisse sind nach wie vor nicht veröffentlicht worden. Laut Angaben der NGO Foro Penal hat es bis zum 10.08.24 insgesamt mehr als 1.300 Verhaftungen gegeben, darunter auch Menschen mit Behinderung, indigene Personen sowie über hundert Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. Während der Großteil der verhafteten Menschen aus ärmeren Nachbarschaften (sog. barrios populares) stammt, waren zuletzt auch rd. 50 (lokale) Politikschaffende, Menschenrechtsverteidigende sowie Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen worden. Einzelne Personen, wie bspw. der bereits am 03.08.24 am Flughafen Maiquetía festgenommene LGBTIQ-Aktivist Yendri Velásquez sowie die am 04.08.24 festgenommene Universitätsprofessorin

Edni López sind später unter Auflagen wieder frei gelassen worden. Vier verhaftete Medienschaffende sind laut der nationalen Pressegewerkschaft SNTP in Zusammenhang mit vermeintlichen Terrorismusdelikten angeklagt worden. Ihnen drohen langjährige Haftstrafen von bis zu 30 Jahren. Vielen anderen Festgenommenen wird auch Anstachelung zum Hass vorgeworfen. Insgesamt sollen mindestens 13 Medienschaffende laut SNTP und Espacio Público seit 28.07.24 in Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über die Proteste festgenommen worden sein. Laut der NGO Provea sind zudem bisher 24 Zivilpersonen sowie zwei Armeeingehörige im Zuge der Proteste getötet worden.

Zuletzt hat die Generalstaatsanwaltschaft die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen María Corina Machado und den oppositionellen Einheitskandidaten González Urrutia u.a. wegen Verschwörung und Aufruf zum Aufstand angekündigt, nachdem diese die Sicherheitskräfte in einem offenen Brief dazu aufgerufen hatten, sich an die Seite des Volkes zu stellen und die Repressionen gegen die Demonstrationen einzustellen. Daneben drohen González auch wegen Missachtung einer Vorladung des Obersten Gerichtshofs in Zusammenhang mit der Bestätigung der Wahlergebnisse weitere rechtliche Konsequenzen.

Staatspräsident Maduro hat am 08.08.24 öffentlich bekannt gegeben, dass er die Sperrung von X für zehn Tage durch die Nationale Telekommunikationsbehörde Conatel verfügt habe, auch der Zugang zu der Messenger-App Signal war Medienberichten zufolge zuletzt gesperrt. Informationen über Demonstrationen nach den Präsidentschaftswahlen waren vielfach über soziale Medien verbreitet worden, Maduro hatte diesen zuletzt Anstachelung zu Hass und Gewalt vorgeworfen.

Eine Regierungs-App zur anonymen Meldung oppositioneller Demonstrationen bzw. subversiver Aktivitäten sei zuletzt laut France24 durch Apple und Android wieder aus den App-Stores entfernt worden, eine Telefonhotline des militärischen Geheimdienstes (DGCIM) zum selben Zweck sei hingegen weiterhin aktiv. Verhaftungen erfolgten zuletzt im Rahmen der sogenannten Operation Tun Tun, deren Benennung sich auf das Klopfen von Sicherheitskräften an Türen bezieht.⁶

19. August 2024

Aktuelle Lage: Weitere Proteste, Repressionen, Festnahmen und Verschwindenlassen

Am 17.08.24 hat die Opposition erneut zu Demonstrationen gegen das durch den Obersten Wahlrat (CNE) veröffentlichte Ergebnis der Präsidentschaftswahl aufgerufen. In sozialen Medien wurden im Nachgang nicht nur Bilder von Protesten innerhalb Venezuelas, sondern auch aus diversen Städten weltweit geteilt.

Die Zahl der Festnahmen ist weiter gestiegen. Angaben der NGO Foro Penal konnten zwischen 29.07. bis 18.08.24 über 1.500 Festnahmen namentlich verifiziert werden, 90 Personen seien wieder frei gelassen worden. Die Generalstaatsanwaltschaft spricht von über 2.400 Festgenommenen sowie 25 Todesfällen. Laut einem der Direktoren von Foro Penal dienten insbesondere die Massenverhaftungen an den ersten Protesttagen der Einschüchterung der Bevölkerung, um weitere Demonstrationen einzudämmen. Einem Analysten der International Crisis Group zufolge, zitiert in einem Medienbericht, wirke die Repression willkürlich und lasse die Menschen in Angst zurück. Seinen Angaben zufolge hätten die Menschen den Eindruck, die Polizei müsse eine Quote erfüllen und Festnahmen könnten somit jeden treffen.

Laut Angaben von Angehörigen in Medienberichten seien auch zahlreiche Personen, die sich nur in der Nähe von Protesten aufgehalten haben willkürlich verhaftet worden. In einer Vielzahl von Fällen, würden die Angehörigen nicht informiert, in welche Gefängnisse die Verhafteten verbracht werden. Zuletzt ist auch von Gefangenenerlegungen in das Gefängnis Tocuyito ohne vorherige Information Angehöriger berichtet worden. Die zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle für Gefängnisse (OVP) hat zuletzt insbesondere auf die prekäre Lage der festgenommenen Frauen in Haft aufmerksam gemacht.

Daneben habe es laut Foro Penal auch zahlreiche selektive Festnahmen von Mitgliedern der politischen Opposition, aber bspw. auch von Wahlzeugen gegeben. Auch Personen, die durch ihre Nachbarn oder durch Videoaufnahmen von Demonstrationen als Protestteilnehmende identifiziert worden waren seien festgenommen worden. Ein Anwalt von Foro Penal, der sich für aus politischen Gründen inhaftierte Personen eingesetzt hatte, ist ebenfalls festgenommen worden.

Hinzukommend gibt es weiterhin Fälle willkürlichen Verschwindenlassens. Am 13.08.24 war das ehemalige Parlamentsmitglied Williams Dávila (Acción Democrática) Angaben seines Sohnes zufolge in kritischem Zustand in

ein Krankenhaus eingeliefert worden, nachdem er am 08.08.24 nach einer Mahnwache von schwarz gekleideten, verummten Personen an einen unbekanntem Aufenthaltsort mitgenommen worden war.

Bezüglich der Repressionen machte die NGO Provea auf die im Vergleich zu vorangegangenen Protesten 2014, 2017 und 2019 besonders hohe Zahl an Verhaftungen aufmerksam. Daneben haben mehrere Medien von der Annullierung von Passdokumenten berichtet, bspw. für Politikschaffende und NGO-Mitarbeitende.

Vor allem die Oberste Militärführung steht jedoch weiterhin fest an der Seite von Amtsinhaber Maduro, zuletzt hatte es erneut Beförderungen gegeben. Daneben gab es einzelne Berichte, dass auch kubanische Sicherheitskräfte an Razzien nach den Wahlen beteiligt gewesen sein sollen. Dies konnte jedoch nicht unabhängig verifiziert werden.⁷

NGO Regulierungs- und Finanzierungsgesetz (sog. Ley Anti-ONG) verabschiedet

Am 15.08.24 hat die durch die Regierungspartei dominierte Nationalversammlung zudem in zweiter Lesung die nach Vertagung im Mai 2024 noch ausstehenden Artikel des Gesetzes über die Überprüfung, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen (vgl. BN v. 30.01.23) beschlossen. Die 39 Artikel des entsprechenden Gesetzes regeln u.a. Registrierungs- und Nachweispflichten über Mitarbeitende und Mitglieder sowie über die Finanzierung der jeweiligen Organisationen. So dürfen NGOs demnach bspw. keine Spenden von politischen Parteien erhalten bzw. Spenden für politische Zwecke verwenden und müssen angeben, ob ihre Geldgebenden aus Venezuela oder dem Ausland kommen. Auch sei die Unterstützung von Aktivitäten, die sich gegen die nationale Stabilität oder die Institutionen Venezuelas richteten verboten. Organisationen, die „Faschismus, Intoleranz oder Hass aus rassistischen, ethnischen, religiösen, politischen, sozialen, ideologischen oder geschlechtsspezifischen Gründen“ fördern würden, könnten keine Registrierung erhalten. Bei Zuwiderhandlung drohen teils erhebliche Geldstrafen bis zur Auflösung. NGOs kritisierten dieses Gesetz als weitere Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Spielraums sowie Damoklesschwert, welches Regierungskritik zum Schweigen bringen solle und die Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit ermögliche.⁸

Veröffentlichung von Wahlberichten von Carter Center und UN, internationale Kritik und Mediationsversuche

Bereits am 30.07.24 hatte das Carter Center, welches als eine weniger Organisationen zur Wahlbeobachtung im Land zugelassen war eine Pressemitteilung veröffentlicht. Darin stellte es u.a. fest, dass die Präsidentschaftswahlen nicht „internationalen Standards für die Integrität von Wahlen“ genügten, es zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Einschränkungen auch bereits im Vorfeld der Wahlen sowie mangelnde Transparenz in der Veröffentlichung des aufgeschlüsselten Wahlergebnisses gegeben habe. Zudem habe das Carter Center keinerlei Anzeichen auf einen vermeintlichen Hackerangriff, welcher Regierungsangaben zufolge die Übertragung der Wahlergebnisse gestört hätte, feststellen können. Auch ein zunächst intern vorgesehener, dann am 13.08.24 veröffentlichter, vorläufiger Bericht zu den Wahlen von einem vierköpfigen UN-Expertengremium wies darauf hin, dass die weiterhin nicht erfolgte aufgeschlüsselte Ergebnisveröffentlichung ein „beispielloser Vorgang“ sei und stützte die Angaben zu mangelnder Transparenz und Integrität bzgl. der Ergebnisse des Carter Centers. Das Gremium habe zudem keine Informationen erhalten, weshalb die elektronische Ergebnisübertragung aus den Wahllokalen an die Zentrale plötzlich gestoppt worden sei. Daneben habe eine stichprobenartige Prüfung der von der Opposition hochgeladenen Ergebnisse pro Wahllokal ergeben, dass diese die notwendigen Echtheitsmerkmale (u.a. QR-Codes, Unterschriften) aufwiesen. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte kurz nach der Veröffentlichung Ermittlungen gegen die Web-Administratoren wegen vermeintlich gefälschter Ergebnisse aufgenommen. Der Vorsitzende des Parlaments und Maduro-Vertraute Jorge Rodríguez hatte den Bericht des UN-Wahlpanels zuletzt abgelehnt, dessen unabgesprochene Veröffentlichung kritisiert und eine Neuregelung internationaler Wahlbeobachtung vorgeschlagen, die künftig keine externen Beobachtenden in Venezuela mehr erlaube.

In einer Erklärung von 22 Staaten und der EU forderten alle Beteiligten abermals die Veröffentlichung der nach Wahllokal aufgeschlüsselten Ergebnisse und kritisierten die Repressionen sowie Gewalt im Nachgang der Wahlen. Kolumbien und Brasilien versuchen sich weiterhin in einer Vermittlungsrolle. Der brasilianische Staatspräsident Lula hatte zuletzt Neuwahlen vorgeschlagen, was sowohl Regierung als auch Opposition ablehnten.⁹

26. August 2024

Oberster Gerichtshof bestätigt Wahl von Maduro

Der Oberste Gerichtshof (TSJ) bestätigte am 22.08.24 den Wahlsieg von Amtsinhaber Nicolás Maduro. In einer Pressekonferenz gab Gerichtspräsidentin Caryslija Rodríguez an, dass die Untersuchung des TSJ das vom Obersten Wahlrat (CNE) ausgerufene Ergebnis verifiziert hätte. Dieser hatte Maduro am 02.07.24 mit 52 % der Stimmen zum Wahlsieger erklärt, ohne jedoch detaillierte Zahlen zur Auszählung vorzulegen. Laut Rodríguez sei ein massiver Cyberangriff ursächlich für die fehlende Bereitstellung der Unterlagen. Maduro hatte am 31.07.24 nach Protesten den TSJ gebeten, die Ergebnisse zu überprüfen (vgl. BN v. 29.07.24 u. 05.08.24). Die Oppositionspolitiker Edmundo González und María Corina Machado warfen dem TSJ vor, die Aufgabe des Obersten Wahlrates zu übernehmen und somit die Gewaltenteilung zu verletzen. Auch warnten sie vor der Parteilichkeit des Gerichtshofes und davor, dass das Urteil die Krise verschärfen würde. In einer gemeinsamen Stellungnahme äußerten sich die USA und zehn lateinamerikanische Regierungen, darunter Chile, Uruguay, Peru und Argentinien, ebenfalls kritisch zu dem Urteil. Eine Berufung gegen das Urteil könne laut Rodríguez nicht eingelegt werden. Außerdem werde die Generalstaatsanwaltschaft eine Klage gegen González wegen Amtsanmaßung und weiteren Punkten prüfen, da dieser nicht zur Vorladung im Untersuchungsprozess erschienen sei (vgl. BN v. 05.08.24).¹⁰

Entlassungen von andersdenkenden bzw. Kritik übenden Staatsangestellten

Zuletzt hatte die kommunistische Partei (PCV) öffentlich Entlassungen aus politischen Gründen und erzwungene Kündigungen von Mitarbeitenden in Staatsbetrieben, die Kritik oder Zweifel an dem vermeintlichen Sieg Maduros bei den Präsidentschaftswahlen geäußert hatten oder Regierungsunterstützung verweigerten, angeprangert. So seien u.a. Angestellte des staatlichen Ölkonzerns PDVSA, des staatlichen Stromversorgers Corpoelec sowie öffentlicher Gesundheitseinrichtungen betroffen gewesen. Ein Artikel von Reuters spricht neben hundert Kündigungen bei PDVSA zusätzlich auch von Entlassungen im Erdölministerium. Auch die Weigerung zur Teilnahme an Pro-Regierungsveranstaltungen im Nachgang der Wahlen könne demnach zu Kündigungen geführt haben. Die Nationale Pressegewerkschaft SNTP berichtete ebenfalls von Entlassungen bei dem staatlichen Fernsehsender VTV sowie dem Radiosender RNV, bspw. infolge von Likes von Oppositionsbeiträgen in sozialen Medien oder kritischem WhatsApp-Status. Auch im Bildungssektor hätten Mitarbeitende von Einschüchterung und Bedrohung berichtet.¹¹

02. September 2024

Aktuelle Entwicklungen: erneute Vorladung González; weitere Festnahmen; Kabinettsumbildung

Am 26.08.24 hat sich mit Juan Carlos Delpino erstmals einer von zwei als nicht regierungsnah geltenden Haupttrektoren des Obersten Wahlrates (CNE) zu Wort gemeldet und ebenfalls auf erhebliche Unregelmäßigkeiten im Prozess der Präsidentschaftswahlen hingewiesen. Er selbst habe keine Beweise gesehen, dass Maduro die Präsidentschaftswahlen gewonnen hätte. Delpino hält sich seither aus Angst vor Repressalien versteckt.

Zudem ist der präsidentielle Einheitskandidat der Opposition, González Urrutia, erneut von der Generalstaatsanwaltschaft für den 30.08.24 vorgeladen worden, um Stellung bzgl. Ermittlungen u.a. wegen Fälschung öffentlicher Dokumente, Amtsanmaßung und Anstiftung zu Ungehorsam zu nehmen. Auch diese Vorladung steht in Zusammenhang mit der Veröffentlichung aufgeschlüsselter Wahllokalergebnisse seitens der Opposition auf der eigens dafür kreierte Webseite Resultados con VZLA. Sollte er auch bei dieser dritten Vorladung nicht erscheinen, kann ein Haftbefehl wegen Fluchtgefahr und Behinderung der Ermittlungen gegen ihn ausgestellt werden.

Die Festnahmen von oppositionellen bzw. regierungskritischen Personen dauern an. Am 27.08.24 ist der Anwalt von María Corina Machado, Perkins Rocha, festgenommen worden. Daneben sind in der letzten Woche weitere Oppositionsparteimitglieder von Convergencia und Acción Democrática sowie ein Studierendenführer und die bekannte Journalistin Carmela Longo verhaftet worden. Letztere hatte kurz zuvor bei der regierungsfreundlichen Zeitung Últimas Noticias gekündigt. Sie ist später unter Auflagen wieder freigelassen worden, ihr droht aber eine Anklage wegen Terrorismus.

Zudem hatte es am 27.08.24 umfassende Kabinettsumbildungen gegeben, in deren Rahmen u.a. der Vizepräsident der Regierungspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) und als Hardliner geltende Diosdado Cabello

die Führung des Innen-, Justiz- und Friedensministeriums übernommen hat. NGOs befürchten in diesem Zusammenhang eine Verstärkung der Repressionen von friedlichem Protest.¹²

09. September 2024

Großflächiger Stromausfall, Haftbefehl gegen und Ausreise von Oppositionspolitiker González Urrutia

Am 30.08.24 kam es zu einem massiven, stundenlangen Stromausfall in mindestens 20 Bundesstaaten des Landes. Während die Regierung von Sabotageakten sprach, führen Personen mit Fachexpertise den Stromausfall auf fehlende Wartung bzw. Systemüberlastung zurück. In Folge des Stromausfalls wurden die Militarisierung rund um Infrastruktureinrichtungen insbesondere in Caracas ausgeweitet sowie zusätzliche Straßenkontrollpunkte (sog. alcabalas) errichtet.

Am 01.09.24 gab die NGO Foro Penal bekannt, dass über 85 Jugendliche, die im Zuge der Proteste verhaftet worden waren, im Laufe des letzten Augustwochenendes unter Auflagen freigelassen worden sind. Weitere Minderjährige bleiben jedoch inhaftiert.

Am 02.09.24 hat das Sondergericht für Terrorismusverfahren in Caracas dem Antrag auf Haftbefehl gegen den Einheitspräsidentschaftskandidaten der Opposition González Urrutia u.a. wegen Amtsanmaßung stattgegeben. Am 07.09.24 wurde bekannt, dass González Urrutia Venezuela nach zeitweisem Aufenthalt in der spanischen Botschaft mit der spanischen Luftwaffe verlassen und in Spanien politisches Asyl beantragt hat. Ebenfalls am 07.09.24 hat es Berichte gegeben, dass die argentinische Botschaft in Venezuela, in der sich nach wie vor Mitarbeitende von Vente Venezuela im Botschaftsasyl aufhalten (vgl. BN v. 05.08.24), von Sicherheitskräften umstellt worden sowie die Stromversorgung unterbrochen worden waren.¹³

16. September 2024

Ausländische Staatsangehörige wegen vermeintlicher Umsturzpläne festgenommen

Ministeriumsangaben vom 14.09.24 zufolge sind sechs ausländische Staatsangehörige, darunter drei US-Amerikaner und zwei Spanier in Venezuela festgenommen worden, weil sie eine vermeintliche Verschwörung zum Zwecke der Destabilisierung bzw. dem Sturz der Regierung Maduros mittels dessen Tötung geplant hätten. Der laut Angaben von Innenminister Cabello vermeintliche Anführer der Operation, ein US-Militärangehöriger, war bereits im August 2024 festgenommen worden. Cabello sprach darüber hinaus von mutmaßlichen Verbindungen der Festgenommenen zu dem amerikanischen und spanischen Geheimdienst. Er legte bei seiner Pressekonferenz jedoch keine Beweismittel für diese Thesen vor. Spanien und die USA wiesen die Vorwürfe zurück. Die USA hatten zuletzt erneut Sanktionen gegen zahlreiche Einzelpersonen, u.a. beschäftigt am Obersten Gerichtshof (TSJ) oder im Nationalen Wahlrat (CNE), verhängt. Spanien hatte den exilierten Oppositionsführer González Urrutia (vgl. BN v. 09.09.24) aufgenommen. Zudem bezeichnete die spanische Verteidigungsministerin Robles Venezuela als Diktatur. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und Venezuela bleiben daher sehr angespannt.¹⁴

30. September 2024

UN Fact Finding Mission dokumentiert Anstieg von Repressionen

Am 17.09.24 veröffentlichte die unabhängige internationale Fact Finding Mission der UN für Venezuela einen Bericht über die Menschenrechtslage seit dem 01.09.23. Der Report dokumentiert eine Ausdehnung von Repressionen gegen politische Dissidentinnen und Dissidenten und jene, die als solche wahrgenommen werden, im gesamten Beobachtungszeitraum, besonders jedoch seit der Präsidentschaftswahl am 28.07.24. Die Unterdrückung führe zu Menschenrechtsverletzungen, darunter Tötungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Verschwindenlassen und sexualisierte sowie geschlechtsspezifische Gewalt, die als eine systematische Niederschlagung jeglicher Dissidenz zu werten seien und in ihrer Gesamtheit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen würden. Im Rahmen der Mission, die bereits seit dem Jahr 2019 durch ein Mandat des UN-Menschenrechtsrats im Land aktiv ist, wurde dokumentiert, dass im Zuge der Repressionen zuletzt auch Minderjährige für schwerwiegende Straftaten, wie Terrorismus, angeklagt worden waren. Auch Fälle von

sexualisierter Gewalt hätten nach der Präsidentschaftswahl zugenommen. Laut dem Bericht wurden im Rahmen der Proteste nach der Wahl 158 Minderjährige inhaftiert, von denen einige sexualisierte Gewalt erfuhr.¹⁵

07. Oktober 2024

Carter Center Wahlbeobachtende legen OAS Wahlprotokolle vor

Eine Gruppe von Wahlbeobachtenden des Carter Centers bestätigte am 02.10.24 gegenüber dem Ständigen Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die von der Opposition angegebenen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen. Dafür legte die Gruppe die nach ihren Angaben originalen Wahlprotokolle vor, welche zuvor online von der Opposition veröffentlicht worden waren und wies auf die darauf vorhandenen QR-Codes hin, die deren Echtheit verifizieren sollen. Sie waren der Gruppe nach eigenen Angaben über den internationalen Postweg zugesendet worden. Auf Basis dieser Daten habe der Einheitskandidat der Opposition Edmundo Gonzalez Urrutia die Wahl mit 67 % der Stimmen gewonnen. Der regierungsnahe Oberste Wahlrat (CNE) hatte hingegen nach der Wahl, ohne Veröffentlichung der nach Wahllokal aufgeschlüsselten Wahlprotokolle, Nicolás Maduro zum Sieger erklärt (vgl. BN v. 29.07. u. 05.08.24).¹⁶

14. Oktober 2024

Weitere Verhaftungen, Mandat der UN Fact Finding Mission on Venezuela verlängert

Am 01.10.24 ist der oppositionelle Bürgermeister der Stadt Maracaibo, Rafael Ramírez Colina (Primer Justicia, PJ), zusammen mit drei Gemeindemitarbeitenden festgenommen worden. Die Generalstaatsanwaltschaft teilte mit, dass ihm Korruption zur Last gelegt werde. U.a. der oppositionelle Gouverneur des Bundesstaates Zulia, Manuel Rosales (Un Nuevo Tiempo), verurteilte die Verhaftung, die Angehörigen Colinas sprachen von politisch motivierten Festnahmen. Ramírez Colina ist damit bereits der fünfte oppositionelle Bürgermeister, der 2024 verhaftet worden ist. Aktuell befänden sich Oppositionsangaben zufolge 154 Politikerinnen und Politiker in Haft. Die Zahl der Verhaftungen steigt damit weiter an. Ein Sprecher der NGO Foro Penal gab am 09.10.24 bekannt, dass sich die Zahl der aus politischen Gründen inhaftierten Personen auf 1.916 erhöht habe, wovon 1.767 im Nachgang der umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2024 verhaftet worden seien, elf Personen davon in der ersten Oktoberwoche 2024. Darunter zuletzt auch erneut zwei Mitarbeiter des Sicherheitsteams der Oppositionsführerin María Corina Machado (Vente Venezuela).

Am 11.10.24 hat der UN Menschenrechtsrat die Mandate der UN Fact Finding Mission on Venezuela sowie des OHCHR erneut um zwei Jahre verlängert, u.a. um die andauernden Menschenrechtsverletzungen im Land zu dokumentieren.¹⁷

21. Oktober 2024

Meinungs- und Pressefreiheit: Schließung von La Voz, Bericht zu Freiheit im Netz, Annullierung von Pässen

Am 03.10.24 ist mittels Anordnung der Steuerbehörde SENIAT, begründet durch Versäumnisse, die temporäre Schließung der Printzeitung La Voz zunächst bis Mai 2025 verfügt worden.

In den letzten 20 Jahren sind mindestens 405 Printmedien sowie Radio- und Fernsehsender geschlossen worden. Der Bericht von Freedom House zu Freiheit im Netz 2024 hat zuletzt auch im digitalen Raum erneut zahlreiche Einschränkungen für freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit verzeichnet. Negativ wirkten sich demnach sowohl Zugangsbeschränkungen (Internet-Vertragskosten, Stromausfälle), aber auch die Zensur unabhängiger Nachrichtenquellen durch den Staat aus, bspw. durch regelmäßige Blockaden von digitalen Medienwebseiten. Daneben fänden gezielte Desinformation sowie Meinungsmache zugunsten der Regierung bzw. Diskreditierungskampagnen gegen die Opposition statt. Personendaten könnten z.B. über das für den Zugang zu Sozialleistungen notwendige Regierungsportal des Patria Systems abgeschöpft werden. Auch die staatliche VenApp kritisiert der Bericht unter Bezugnahme auf mehrere Quellen in Zusammenhang mit Datenschutzlücken sowie als Überwachungstool bzw. unterstützendes Repressionsinstrument im Nachgang der Präsidentschaftswahlen 2024. Außerdem drohten bei online getätigten, regierungskritischen Äußerungen mitunter rechtliche Konsequenzen. So habe es im Berichtszeitraum bspw. Verhaftungen von einfachen Nutzenden nach

regierungskritischen Kommentaren in Whatsapp-Gruppen oder auf Social Media gegeben. Damit schlossen sich auch die gesellschaftlichen Spielräume im Netz zusehends. Eine Selbstzensur aus Angst sei gängige Praxis. Zudem hatte die venezolanische NGO Laboratorio de Paz am 13.10.24 im Rahmen eines Interviews mit der Financial Times berichtet, dass die Passdokumente von mindestens 40 Medienschaffenden und Menschenrechtsverteidigenden im Nachgang der Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärt worden seien. Dies stelle eine wirkungsvolle, aber dennoch mit vergleichsweise geringen politischen Kosten verbundene Einschüchterungsmaßnahme kritischer Stimmen dar, die gleichzeitig erheblich den Bewegungsspielraum entsprechender Akteure verringere.¹⁸

Oberster Wahlrat (CNE): Rektor Delpino abgesetzt, Ermittlungen wegen Vaterlandsverrat gefordert

Am 17.10.24 hat das regierungsnahе Parlament den oppositionsnahen Rektor des Obersten Wahlrates (CNE) Juan Carlos Delpino abgesetzt und durch seinen bisherigen Stellvertreter ersetzt. Delpino hatte sich nach der Präsidentschaftswahl 2024 u.a. kritisch wegen mangelnder Beweise für den vermeintlichen Sieg von Präsident Maduro geäußert (vgl. BN v. 02.09.24). Zudem hatte er der Ergebnisverkündung nicht beigewohnt. Das Parlament hat zudem die Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert, Ermittlungen gegen den im Ausland aufhältigen Delpino u.a. wegen Vaterlandsverrats aufzunehmen.¹⁹

Erneut Festnahmen von ausländischen Staatsangehörigen

Am 17.10.24 gab Innenminister Cabello (PSUV) bekannt, dass erneut (vgl. BN v. 16.09.24) fünf ausländische Personen, darunter drei Staatsangehörige aus den USA, ein Bolivianer und ein Peruaner, wegen Verschwörungsbzw. Terrorismusverdacht festgenommen worden seien.

Am 18.10.24 hat zudem die humanitäre Organisation Danish Refugee Council (DRC) bekannt gegeben, dass einer ihrer kolumbianischen Mitarbeiter, der für Projektarbeiten nach Venezuela gereist war, festgenommen worden sei. Bisher sind diesbezüglich jedoch keine weiteren Hintergründe bekannt.²⁰

Schließung von zwei NGOs für LGBTIQ-Rechte

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen und soziopolitischen Situation sowie der damit verbundenen Verengung gesellschaftlicher Spielräume bspw. durch das neue NGO-Gesetz (vgl. BN v. 19.08.24), haben zuletzt zwei NGOs (Venezuela Igualitaria und País Narrado), die sich bisher für die Rechte von LGBTIQ-Personen einsetzen haben, mindestens temporär ihre Aktivitäten im Land beendet. Venezuela Igualitaria gab in einem Statement auf Twitter vom 12.10.24 an, mit der Schließung die psychische und physische Sicherheit der Mitarbeitenden in der aktuellen Situation zu priorisieren. Zudem mangle es der NGO an finanziellen Ressourcen. Der Gründer von País Narrado macht Medienberichten zufolge u.a. Drohungen und Angriffe der autoritären Regierung dafür verantwortlich, dass ein Engagement von Menschenrechtsverteidigenden für verschiedenste Anliegen aktuell mit erheblichem Risiko verbunden sei.²¹

28. Oktober 2024

Festnahme von DRC Mitarbeiter ebenfalls in Zusammenhang mit vermeintlichem Komplott

Auch dem zuletzt festgenommenen kolumbianischen Staatsangehörigen und Mitarbeiter der humanitären Organisation Danish Refugee Council (DRC) (vgl. BN v. 21.10.24), Manuel Alejandro Tique Chaves, wird seitens des Innenministeriums u.a. eine Involvierung in ein vermeintliches Komplott zum Sturz der Regierung vorgeworfen. Angehörige sowie DRC bestreiten dies weiterhin.²²

Umstrittener Tod des Oppositionspolitikers Santos

Angehörigen und Zeugenberichten zufolge wurde der Oppositionspolitiker Edwin Santos (VP) am 23.10.24 auf seinem Heimweg im Bundesstaat Apure von staatlichen Sicherheitskräften aufgegriffen. Sein Aufenthaltsort sei danach unbekannt gewesen. Einzelne Medien berichteten unter Berufung auf die Oppositionspartei Voluntad Popular (VP), er habe sich zwischenzeitlich zu Befragungen am Sitz des militärischen Geheimdienstes DGCIM in Guasdalito befunden. Am 26.10.24 wurde die Leiche von Santos an der Straße El Nula-El Piñal nahe der Bundesstaatsengrenze zwischen Táchira und Apure aufgefunden. Während VP staatliche Sicherheitskräfte für seinen Tod verantwortlich macht, spricht der Direktor der polizeilichen Ermittlungseinheit CICPC von einem Tod

infolge eines Motorradunfalls. NGOs und oppositionelle Politikschaffende forderten zuletzt eine unabhängige Aufklärung des Falls, einige bezweifelten die staatliche Darstellung der Ereignisse. Der Präsident der CICPC hat Ermittlungen in Zusammenhang mit vermeintlichen medialen Desinformationskampagnen zum Tod von Santos durch staatliche Sicherheitskräfte angekündigt.

Am 27.10.24 haben Vereinigungen von Medienschaffenden die Behörden zudem aufgefordert, Informationen über den Aufenthaltsort des unabhängigen Journalisten Nelin Escalante bekannt zu geben, welcher mutmaßlich am 25.10.24 durch den militärischen Geheimdienst DGCIM in Caracas festgenommen worden sein soll.²³

Venezuela belegt letzten Platz im Rule of Law Index 2024

In dem am 23.10.24 veröffentlichten Rechtsstaatlichkeitsindex-Ranking des World Justice Projects (WJP) belegt Venezuela im Jahr 2024 insgesamt den letzten Rang von 142 bewerteten Ländern hinter Kambodscha, Afghanistan, Haiti und Myanmar. Ebenso liegt das Land u.a. in den Einzelkategorien Zivil- und Strafjustiz sowie der Durchsetzung von Rechtsvorschriften auf dem letzten Platz. Der Index misst mittels Haushalts- und Expertenbefragungen, wie Menschen die Rechtsstaatlichkeit in den untersuchten Ländern im Alltag wahrnehmen und basiert auf acht Kategorien. Besonders negativ wurde in Venezuela demnach bspw. die Sanktionierung von Staatsangestellten bei Verfehlungen, die Einhegung der Exekutive durch die Justiz sowie die Durchsetzung von zivilem und Strafrecht bewertet. Der Strafjustiz mangle es an Unparteilichkeit, Effizienz und Freiheit von staatlicher Einflussnahme.²⁴

Festnahme des ehemaligen Ölministers Tellechea

Laut Angaben von Generalstaatsanwalt Saab ist der ehemalige Ölminister Pedro Tellechea am 20.10.24 u.a. wegen Korruptionsvorwürfen und vermeintlicher Informationsweitergabe an eine mit der CIA verbundene Firma festgenommen worden. Im April 2024 war bereits Tellecheas Vorgänger und der ehemals enge Maduro-Vertraute Tareck El Aissami wegen Korruption verhaftet worden (vgl. BN v. 15.04.24). Zunächst war Tellechea im Zuge einer Kabinettsumbildung nach den Präsidentschaftswahlen im August 2024 (vgl. BN v. 02.09.24) durch Vizepräsidentin Delcy Rodríguez ersetzt worden. Von seinem aktuellen Posten als Minister für Industrie und Nationale Produktion war er am 18.10.24 unter Angabe gesundheitlicher Gründe zurückgetreten.²⁵

04. November 2024

Bericht der UN Independent International Fact-Finding Mission on Venezuela (IIFFM)

Der Fokus des bereits am 14.10.24 veröffentlichten Conference Room Papers der IIFFM zum Berichtszeitraum 01.09.23 bis 31.08.24 liegt auf den staatlichen Repressionen im Umfeld der Präsidentschaftswahlen am 28.07.24. In diesem Zusammenhang sind auch 19 Einzelfälle von Betroffenen aufgeführt. Während sich Repressionen und größtenteils willkürliche Verhaftungen im Vorfeld der Wahlen vorwiegend selektiv gegen Führungsfiguren aus politischer Opposition (v.a. Vente Venezuela Mitglieder, aber auch anderer Parteien) und Zivilgesellschaft (Menschenrechtsverteidigende, NGO Mitarbeitende, Medienschaffende), aber auch Militärangehörige gerichtet hätten, seien die verzeichneten repressiven Akte und Festnahmen nach den Präsidentschaftswahlen weniger zielgerichtet und umfassender erfolgt. Zudem thematisiert der Bericht staatliche Sicherheitsoperationen in Zusammenhang mit vermeintlichen Verschwörungen (z.B. Operation Brazalete Blanco) vor den Wahlen, welche seit dem Jahr 2014 immer wieder regierungsseitig genutzt worden seien, um ein Vorgehen gegen Oppositionelle zu begründen. Zusätzlich sind einzelne Fälle dokumentiert worden, in denen Verhaftete u.a. gezwungen worden seien, andere Personen einer Involvierung in Verschwörungen zu bezichtigen. Besondere Besorgnis drückt der Bericht über das erstmals identifizierte Muster der Festnahmen Minderjähriger im Nachgang der Wahlen aus, denen teils schwerwiegende Straftaten wie Terrorismus vorgeworfen werden. Verhaftungen nach den Wahlen seien in den untersuchten Fällen stets ohne Haftbefehl erfolgt, zahlreiche Kollektivverfahren hätten ohne Verfahrensgarantien stattgefunden. Verschwindenlassen habe sich dem Bericht zufolge als „gängiges Repressionsinstrument gegen tatsächliche oder vermeintliche Regierungsgegnerinnen und -gegner etabliert“. Viele Festnahmen seien auch nach Denunziation, bspw. über die staatliche VenApp, erfolgt. Des Weiteren hat die IIFFM Fälle von Folter sowie grausamer Behandlung bzw. Bestrafung, u.a. aus dem Gefängnis Rodeo I in Miranda, sowie Fälle von sexualisierter bzw. geschlechtsspezifischer Gewalt gegen weibliche Gefangene, aber auch Besucherinnen in Gefängnissen identifiziert. Neben den bereits im Vorfeld der Wahlen von Verhaftungen betroffenen Personenprofilen seien im Nachgang der Wahlen zusätzlich vorwiegend junge Männer aus einkommensschwachen

Stadtvierteln (sog. zonas populares) verhaftet worden, aber auch vereinzelt Anwälte Inhaftierter und Angestellte von Sicherheitsbehörden und Justiz, die sich bspw. weigerten, Proteste zu unterdrücken, Haftbefehle auszustellen oder Protestteilnehmende anzuklagen; daneben Minderjährige, Studierende sowie indigene Personen. Die meisten Festnahmen nach den Wahlen seien bei oder in der Nähe von Protesten an den ersten Nachwahltagen bzw. in Folge von Protestteilnahmen und im Zuge der sogenannten Sicherheitsoperation Tun Tun erfolgt. Daneben erhielt die IIFFM Informationen über einzelne gewaltsame Festnahmen von Minderjährigen sowie Fälle von (versuchten) erzwungenen Geständnissen unter Gewalt(androhung) bzw. durch Versprechen niedrigerer Haftstrafen. Zunehmend seien nach den Wahlen auch Festnahmen wegen regierungskritischer Äußerungen in den sozialen Medien bzw. in Messenger Apps unter dem Vorwurf der Anstachelung zum Hass verzeichnet worden. Nach den Wahlen seien Beschwerden sowie Habeas Corpus Bitten von den Behörden (z.B. Staatsanwaltschaft, Nationale Ombudsstelle) größtenteils nicht angenommen bzw. bearbeitet worden.

Die Verantwortlichkeit für die Todesfälle in Zusammenhang mit den Protesten konnte noch nicht abschließend im Sinne der Methodik der IIFFM untersucht werden.

Abschließend formuliert die IIFFM, dass die zahlreichen untersuchten Fälle und Handlungen nahelegten, dass die systematische und umfassende staatsseitige Repressionspolitik andauere und es hinreichende Gründe zur Annahme gebe, dass in Venezuela regierungsseitig weiterhin Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus politischen Gründen u.a. gegen echte und vermeintliche Regierungsgegnerinnen und -gegner begangen würden.²⁶

18. November 2024

Über 100 politische Gefangene freigelassen

Wie Medien berichten, hat die venezolanische Regierung zwischen dem 15.11. und 16.11.24 über 100 Gefangene freigelassen, die während der Proteste wegen der umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Juli 2024 verhaftet worden waren (vgl. BN v. 05.08.24). Die lokale Menschenrechtsorganisation Foro Penal sprach von 107 freigelassenen Gefangenen aus mehreren Gefängnissen, die sie bis zum 16.11.24 verifizieren konnte. In einer Erklärung am 16.11.24 gab der Generalstaatsanwalt Tarek Saab an, es seien 225 Freilassungen veranlasst worden. Die Freilassungen würden auf neuen Beweisen, die die Staatsanwaltschaft gesammelt habe, basieren. Bereits in der Woche zuvor hatte Saab angekündigt, mindestens 225 Verhaftungen nach den gewaltvollen Protesten zu überprüfen.

Die NGO Foro Penal sprach von mindestens 1.800 Menschen, die im Zuge der Proteste im Juli 2024 verhaftet wurden. HRW sagte, sie hätten glaubhafte Berichte von 24 Tötungen während der Proteste. Präsident Maduro selbst hatte bei einer Kundgebung am 03.08.24 von fast 2.000 Verhaftungen berichtet und Generalstaatsanwalt Saab zufolge hätten die Proteste nach dem 28.07.24 insgesamt 28 Tote und fast 200 Verletzte gefordert.²⁷

25. November 2024

Haftbedingungen von aus politischen Gründen inhaftierten Personen; Todesfall

Medienberichte und NGO Kommunikés informierten in den letzten Wochen über unzureichende Nahrungsmittelversorgung sowie die Verzögerung bzw. Vorenthaltung von medizinischer Versorgung für aus politischen Gründen inhaftierte Gefangene. Die hygienischen Bedingungen seien ebenfalls problematisch. Minderjährige erhielten nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, eine gesonderte Unterbringung.

Bereits am 14.11.24 ist der im Nachgang der Präsidentschaftswahlen verhaftete und seither inhaftierte Wahlzeuge Jesús Martínez Medina in einem Krankenhaus in Anzoátegui verstorben. NGOs und Teile der Opposition werfen den Behörden vor, dem vorekrankten Martínez (zu lange) medizinische Versorgung verweigert zu haben. Die Generalstaatsanwaltschaft widerspricht dieser Darstellung.²⁸

02. Dezember 2024

Verabschiedung von neuem Gesetz mit hohen Haftstrafen bei Befürwortung von Sanktionen

Ein neues und nach Unterzeichnung von Präsident Maduro am 29.11.24 im offiziellen Amtsblatt (N° 6.859 Extraordinario) veröffentlichtes Gesetz (Ley Orgánica Libertador Simón Bolívar contra el Bloqueo Imperialista y por

la Defensa de la República Bolivariana de Venezuela) sieht ab sofort für alle Personen, die einseitige Zwangsmaßnahmen, bewaffnete oder gewaltsame Handlungen bzw. Cyberangriffe gegen Venezuela fordern, begrüßen oder unterstützen Haftstrafen von 25-30 Jahren sowie erhebliche Geldstrafen vor. Zudem ermöglicht das Gesetz im Falle einer Verurteilung Ausübungsverbote für öffentliche Ämter für bis zu 60 Jahre sowie die Beschlagnahmung von Eigentum. Außerdem seien gemäß Art. 18 Verfahren in Abwesenheit möglich. So werde davon ausgegangen, dass eine angeklagte Person bei Weigerung zur Teilnahme an der Vorverhandlung oder mündlichen Verhandlung, nicht von ihrem Recht auf rechtliches Gehör Gebrauch machen wolle. Die Verhandlung werde dann mit der selbst gewählten Verteidigung bzw. bei Nichterscheinen mit einer direkt bestellten Pflichtverteidigung durchgeführt. Zudem sieht Art. 23 die Erstellung eines Registers für natürliche und juristische, inländische sowie ausländische Personen vor, bei denen begründeter Verdacht bestehe, dass sie entsprechende Taten begehen könnten. Auch für Medien sieht das Gesetz in entsprechenden Fällen erhebliche Geldstrafen bzw. je nach Medienart sogar Schließungen vor. In der Vergangenheit hatte insbesondere Führungspersonal der Opposition wiederholt Wirtschaftssanktionen als Druckmittel für Verhandlungen gefordert bzw. entsprechende Maßnahmen begrüßt, wie zuletzt erneut Oppositionspolitikerin Machado (Vente Venezuela).²⁹

09. Dezember 2024

Einschränkungen für Oppositionelle im Botschaftsasyl dauern an

Medienberichten zufolge ist die argentinische, aktuell von Brasilien verwaltete, Botschaft in Caracas, in der sich seit März 2024 (vgl. BN v. 08.04., 05.08. u. 09.09.24) sechs Mitarbeitende der Oppositionsführerin Machado im Botschaftsasyl befinden, zuletzt erneut durch Sicherheitskräfte umstellt und eine Stürmung sei angedroht worden. Die Kappung der Stromversorgung aus den letzten Wochen dauere an, zudem würden seit einigen Tagen Zuliefernde von Nahrungsmitteln an der Versorgung der Personen in der Botschaft gehindert. Argentinien hat die venezolanische Regierung wiederholt aufgefordert, die freie Ausreise für die Festsitzenden zu garantieren und die Belagerung zu beenden.³⁰

23. Dezember 2024

Freilassungen Demonstrierender sowie Festnahmen Oppositioneller

Während es zuletzt erneut Berichte über Freilassungen (unter Auflagen) von in Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 festgenommenen Personen gegeben hat, sind in den vergangenen Wochen erneut mehrere Oppositionelle verhaftet worden. Menschenrechtsverteidigende sprechen in diesem Zusammenhang von einer Drehtür-Politik als Repressionsform, in deren Rahmen immer wieder Personen freikämen, gleichzeitig jedoch neue Verhaftungen stattfänden, die eine Instrumentalisierung politischer Gefangener als Druckmittel ermöglichen.

In Summe spricht die Generalstaatsanwaltschaft seit den ersten Freilassungen im November 2024 (vgl. BN v. 18.11.24) bis zum 20.12.24 von insgesamt über 730 aus der Haft entlassenen Personen. Die durch die NGO Foro Penal verifizierte Zahl der Entlassungen liegt deutlich darunter. Unter den zuletzt verifizierten Entlassenen befanden sich auch viele Minderjährige. Foro Penal quantifizierte die Zahl aus politischen Gründen Inhaftierter mit Stand 19.12.24 auf 1.877 Personen.

Alleine in den beiden Wochen bis zum 19.12.24 sollen Medienberichten zufolge mindestens neun politische Aktivisten, großteils von der Oppositionspartei Vente Venezuela, festgenommen worden sein. Betroffen waren u.a. der am 10.12.24 verhaftete Oppositionspolitiker und Bürgermeister von Cabimas, Nabil Maalouf (Un Nuevo Tiempo), der Innenminister Cabello zufolge u.a. der Verwaltungskorruption beschuldigt werde, sowie der in Caracas verhaftete Jesús Armas (Primero Justicia), ein weiterer Politiker (ehemaliger Stadtrat) und Direktor der NGO Ciudadanía Sin Límites. Die Festnahme von Armas könnte Angehörigen zufolge in Zusammenhang mit einem kritischen Tweet seinerseits stehen, in dem er, in Zusammenhang mit einem abgesagten Konzert einer populären Band, Venezuela als Diktatur bezeichnet hatte, in der selbst im Kulturbereich kein Raum für andersartige Meinungen mehr bleibe. Angehörige verwiesen zudem darauf, dass Armas rd. eine Woche vor seiner Verhaftung in der Fernsehsendung von Innenminister Ceballos (Con el mazo dando) thematisiert und kritisiert worden sei. Auch in der Vergangenheit habe es einem Bericht von Amnesty International (AI) von Anfang 2022 zufolge bereits Fälle

gegeben, dass in diesem Format durch Stigmatisierungs- bzw. Verleumdungskampagnen betroffene Personen später willkürlich bzw. aus politischen Gründen verhaftet worden seien (vgl. BN v. 28.02.22).

Am 08.12.24 ist zudem ein argentinischer Unteroffizier der Gendarmerie auf privatem Verwandtschaftsbesuch im Bundesstaat Táchira direkt bei der Einreise aus Kolumbien festgenommen worden. Dem Verhafteten werde Spionage zur Last gelegt. Zudem soll auch eine Ortskraft der argentinischen Botschaft in Caracas verhaftet worden sein. Die argentinische Regierung bezeichnete die Verhaftung des Militärs als willkürlich und forderte öffentlich die Freilassung der Festgenommenen.

Am 12.12.24 forderte die NGO HRW die venezolanische Regierung auf, den Aufenthaltsort der seit 23.10.24 verschwundenen spanisch-venezolanischen Doppelstaatlerin Sofía María Sahagún Ortiz bekannt zu geben. Sahagún wollte am 23.10.24 nach Madrid fliegen, habe die Maschine jedoch nicht betreten. Es ist nicht bekannt, ob sie festgenommen worden ist und wo sie sich aktuell befindet. Im Zuge zunehmender Einschüchterungen durch polizeiliche Kräfte hätten Sahagúns Mann und ihre Kinder wenige Tage später das Land verlassen.³¹

Zwei weitere Todesfälle in Haft; Haftbedingungen

Innerhalb von 72 Stunden hat es in der Haftanstalt Tocuyito im Bundesstaat Carabobo zwei Todesfälle gegeben. Medienberichte und NGO werfen den Behörden vor, den beiden mutmaßlich aus politischen Gründen Inhaftierten eine adäquate und rechtzeitige medizinische Versorgung verwehrt zu haben und forderten unabhängige Untersuchungen der Todesfälle.

Bereits Mitte November 2024 war der im Gefängnis Puente Ayala in Barcelona, Anzoátegui, inhaftierte politische Aktivist der Oppositionspartei Vente Venezuela und Wahlzeuge, Jesús Manuel Martínez, nach Komplikationen in Folge einer sich in Haft rapide verschlechternden Diabetesvorerkrankung in einem Krankenhaus verstorben. Die Generalstaatsanwaltschaft wies die Vorwürfe von Familie und Oppositionsangehörigen zurück, Martínez habe zu spät und nicht die notwendige, adäquate medizinische Versorgung erhalten (vgl. BN v. 25.11.24).

Verschiedene Akteure haben immer wieder auf die prekären Haftbedingungen und Gewalt gegen Gefangene, aber auch sexualisierte Gewalt gegenüber Besucherinnen hingewiesen (vgl. BN v. 04.11.24). So hat u.a. die zivilgesellschaftliche Gefängnisbeobachtungsstelle (OVP) zuletzt auf die Durchsuchung von Mobiltelefonen und nackt erfolgende Körperuntersuchungen von Besucherinnen aufmerksam gemacht und berichtete von Drohungen mit Besuchsverboten und Einschüchterungen Angehöriger politischer Gefangener.

Bereits in einem am 28.11.24 erschienenen Bericht hatte AI anhand von identifizierten Einzelfällen Misshandlungen und mutmaßliche Folter von inhaftierten Minderjährigen angeprangert und die Freilassung der im Nachgang der Präsidentschaftswahlen festgenommenen und zum damaligen Zeitpunkt weiterhin 69 Inhaftierten gefordert.³²

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 Insight Crime: Tren de Aragua Just Sustained Its Biggest Leadership Blow, 02.07.24; EFE: Colombia captura a uno de los máximos cabecillas del Tren de Aragua, 'Larry Changa', 01.07.24.
 - 2 Efecto Cocuyo: ONG advierten que más de 40 opositores han sido detenidos en lo que va de campaña, 09.07.24; NYT: They Fled Oppression at Home, but It Followed Them Abroad, 10.07.24; Crónica Uno: La diáspora venezolana, los votos que no serán en las presidenciales, 11.07.24; CNN: Detienen a empresario venezolano que albergó a María Corina Machado en su casa, denuncia su abogado, 12.07.24; Efecto Cocuyo: VE Sin Filtro reporta el bloqueo del Observatorio Venezolano de Fake News y el Instituto de Prensa y Sociedad (IPYS), 12.07.24; Efecto Cocuyo: Saab acusa a empresario Ricardo Albacete de hurto y robo de material estratégico, 12.07.24; Efecto Cocuyo: Foro Penal denuncia que el Sebin tomó casa en Nueva Esparta donde se alojó María Corina Machado, 12.07.24; AP: Tensión en campaña electoral tras denuncias de detenciones por parte de oposición en Venezuela, 14.07.24; Infobae: El régimen de Maduro detuvo a ocho personas vinculadas con la campaña de Edmundo González Urrutia, 14.07.24; France24: Venezuela: la oposición denuncia una "escalada en la represión" a dos semanas de las presidenciales, 15.07.24.

-
- 3 El País: Over 70 people linked to Venezuelan opposition arrested in 10 days of election campaigning, 16.07.24; El Pitazo: Foro Penal: 102 venezolanos vinculados a la candidatura de Edmundo González han sido detenidos, 16.07.24; Foro Penal: Foro Penal registra 301 presos políticos y 102 arrestos vinculados a eventos electorales durante 2024, 16.07.24; Reuters: Venezuela opposition leader's security chief arrested days before election, 17.07.24; El Pitazo: Vente Venezuela denuncia detención del jefe de seguridad de María Corina Machado, 17.07.24; Reuters: Venezuelan opposition security chief released from jail, 18.07.24.
- 4 KAS: Präsidentschaftswahlen in Venezuela, 17.07.24; Crónica Uno: Operadoras bloquean sitios web de dos ONG y cuatro medios de comunicación, 22.07.24; Reuters: Venezuela opposition seeks to end 25 years of socialist power in Sunday vote, 26.07.24; Reuters: Venezuelans abroad say they are struggling to register to vote, 26.07.24; Efecto Cocuyo: Gobierno impide a parlamentarios de Argentina, Chile, España, Ecuador y Colombia observar las elecciones presidenciales, 26.07.24; EFE: Impiden despegar de Panamá un vuelo con expresidentes que iban a Venezuela como observadores, 26.07.24; Reuters: Panama says flights operating normally after Venezuela plane was blocked, 27.07.24; Efecto Cocuyo: En vivo | Qué pasa hoy en Venezuela a un día de las elecciones presidenciales, 27.07.24; El País: Eferescencia en los colegios electorales de Venezuela: "Estamos emocionados", 28.07.24; Der Spiegel: Präsidentschaftswahl in Venezuela hat begonnen, 28.07.24; CNN: Oposición afirma que no se le ha permitido el ingreso a testigos al CNE, 28.07.24; Tagesschau: Warten auf ein Ergebnis, 29.07.24; Tagesschau: Wahlbehörde erklärt Maduro zum Sieger, 29.07.24; Infobae: Resultados elecciones en Venezuela, 29.07.24; BBC: El Consejo Nacional Electoral anuncia el triunfo de Nicolás Maduro en las elecciones presidenciales de Venezuela, 29.07.24; ZEIT: Wahlrat erklärt Nicolás Maduro zum Sieger der Präsidentschaftswahl, 29.07.24; Reuters: Maduro wins third term, electoral authority says, contradicting exit polls, 29.07.24; AP: Elecciones en Venezuela: Declaran a Maduro ganador, pero González reivindica su victoria, 29.07.24; SZ: Venezuelas Opposition erkennt Wahlsieg Maduros nicht an, 29.07.24; El País: Resultados de las elecciones en Venezuela 2024, en vivo | La autoridad electoral, controlada por el chavismo, da como ganador a Maduro con el 51,2% frente al 44,2% de Edmundo González, 29.07.24 (aktualisiert: 09:35 CEST); El País: Tensión en Venezuela: la autoridad electoral, bajo control chavista, da el triunfo a Maduro y la oposición lo rechaza, 29.07.24; Handelsblatt: Maduro zum Wahlsieger erklärt – Opposition erkennt Ergebnis nicht an, 29.07.24.
- 5 EE: Fiscalía abre investigación contra Machado por intentar "adulterar" resultados, 29.07.24; Foro Penal: Balance protestas postelectorales desde el 29 de julio al 4 de agosto 2024. 10:00AM, 04.08.24; Tagesschau: Tausende fordern Rücktritt der Regierung Maduro, 30.07.24; Tagesschau: Maduro lässt Wahl von Gericht überprüfen, 31.07.24; Tagesschau: Venezuelas Opposition meldet Angriff auf Wahlkampfbüro, 02.08.24; Tagesschau: Erneut landesweite Proteste in Venezuela, 04.08.24; Tagesschau: Tausende demonstrieren erneut gegen Maduro, 04.08.24; Tagesschau: EU erkennt Wahl Maduros nicht an, 05.08.24; Reuters: Venezuelans march over contested election, number of detained rises, 04.08.24; Reuters: Seven EU countries call on Venezuela to publish electoral rolls quickly, 04.08.24; Reuters: Venezuelans call for release of relatives arrested in election protests, 03.08.24; Reuters: Venezuela electoral council says 97 % of votes tallied, affirms Maduro winner, 02.08.24; Reuters: Tensions high in Venezuela after contested election, with more arrests feared, 01.08.24; AP: Voices across the globe express concern over increasing arrests in Venezuela after disputed election, 05.08.24; AP: Venezuela's opposition secured over 80 % of crucial vote tally sheets. Here's how they did it, 02.08.24; AP: Venezuela's Maduro asks top court to audit the presidential election, but observers cry foul, 01.08.24; CNN: Resumen de los resultados de las elecciones en Venezuela y las protestas este sábado 3 de agosto, 04.08.24 (Stand: 17:28 Uhr/GMT); El Diario: Foro Penal reportó 988 detenidos y 11 muertos en el contexto de las protestas desde el 29 de julio, 04.08.24; El País: María Corina Machado se pone a resguardo por seguridad y convoca a una marcha nacional para el sábado, 02.08.24; Tal Cual: Van 22 muertos en protestas y "Pimpina" sí es una de las víctimas, 04.08.24; El Tiempo: El personal de la embajada de Argentina en Venezuela abandona el país tras decisión del Gobierno de Nicolás Maduro, 01.08.24.
- 6 Tagesschau: Opposition schwört Anhänger auf schweren Kampf ein, 07.08.24; Tagesschau: "Völlig schutzlos", 08.08.24; Efecto Cocuyo: A 4 trabajadores de la prensa detenidos los acusan de terrorismo, denuncia el Sntp, 08.08.24; France24: Venezuela's Maduro calls on supporters to flush out pro-opposition 'traitors', 08.08.24; AP: An aid worker's airport disappearance stirs fear of repression following disputed Venezuela election, 08.08.24; Reuters: Venezuela opposition beset by mounting legal challenges after disputed election, 08.08.24; Efecto Cocuyo: Maduro anuncia que plataforma X saldrá 10 días de circulación en Venezuela, 08.08.24; BBC: "Como si hubiera un toque de queda": el cambio radical que hubo en Caracas después de las elecciones y las protestas, 09.08.24; Tagesschau: Venezuelas Präsident sperrt Zugang zu Plattform X, 09.08.24; Efecto Cocuyo: 1.303 presos tras protestas postelectorales, denuncia Foro Penal, 10.08.24; Efecto Cocuyo: Alcaldes detenidos, políticos y activistas en resguardo: así se vive en Venezuela después de las elecciones presidenciales, 10.08.24; The Guardian: 'A climate of terror': Maduro cracks down on Venezuelans protesting contested election win, 08.08.24; Noticias Caracol: Liberan a Edni López con medidas cautelares en Venezuela: duró cinco días retenida, 09.08.24; BBC: Qué es la "Operación Tun Tun" con la que los cuerpos de seguridad de Venezuela arrestan masivamente a manifestantes y opositores, 06.08.24; The Guardian: Venezuela opposition leaders urge army and police to abandon Nicolás Maduro, 05.08.24; Efecto Cocuyo: Gonzalo Himiob: 95% de las personas detenidas en las protestas postelectorales son de zonas populares #ConLaLuz, 06.08.24.

-
- 7 Swissinfo: ONG de Venezuela eleva la cifra de detenidos a más de 1.500 tras protestas poselectorales, 18.08.24; AP: An aid worker's airport disappearance stirs fear of repression following disputed Venezuela election, 08.08.24; Foro Penal: Represión Política en Venezuela (Situación Postelectoral) (a partir del 29 de julio de 2024), 18.08.2024 (8 a.m.); BBC: "Los perseguían disparándoles como en un safari": la desesperación de los familiares de los detenidos en las protestas contra el gobierno de Venezuela, 02.08.24; Tagesschau: Was Venezuelas Oppositionelle in Haft erleben, 13.08.24; El País: Las fuerzas armadas venezolanas se convierten en el sostén político de Maduro, 14.08.24; El País: Miles de detenidos, audiencias sin defensa y cargos por terrorismo: Maduro acelera la persecución de opositores, 09.08.24; Reuters: Venezuela legislators approve law to regulate NGOs, 15.08.24; Efecto Cocuyo: OVP denuncia condiciones precarias de mujeres detenidas en protestas poselectorales, 15.08.24; Tagesschau: Erneut protestieren Tausende gegen Präsident Maduro, 18.08.24; Crónica Uno: Familiares de detenidos en protestas poselectorales viven entre la desinformación y la incertidumbre, 15.08.24; Efecto Cocuyo: Hijo de Williams Dávila denuncia que su padre está «en estado grave» en un hospital, 14.08.24; Crónica Uno: "Ellos están como rehenes porque proceso judicial no tienen", explica abogado de dirigentes políticos detenidos, 14.08.24; Crónica Uno: La censura se cierne sobre familiares de detenidos en el estado Carabobo, 12.08.24; Americas Quarterly: What to Watch as Maduro Seeks to Keep Power in Venezuela, 08.08.24; Runrun.es: La represión postelectoral vino con nuevo repertorio, 04.08.24; Efecto Cocuyo: Vargas | Familiares denuncian que detenidos por protestas postelectorales son trasladados a Tocuyito, 13.08.24; Miami Herald: This man holds the Venezuelan regime together. Here's why Maduro doesn't trust him, 05.08.24.
 - 8 Amnesty International: Drohendes Anti-NGO Gesetz, 18.01.24; Efecto Cocuyo: ONG rechazan que AN de 2020 use ley antisociedad como medio de amenaza y reiteran sus peligros, 22.05.24; Reuters: Venezuela legislators approve law to regulate NGOs, 15.08.24; Crónica Uno: AN aprueba ley anti-ONG con la que impondrá más trabas al activismo independiente, 15.08.24; Efecto Cocuyo: Asamblea Nacional de 2020 sanciona ley que regula y fiscaliza a las ONG, 15.08.24; amerika21: Neues Gesetz: Venezuela reguliert Tätigkeit und Finanzierung von NGO, 17.08.24; France24: Venezuelan lawmakers consider laws to restrict NGO registration and funding, 14.08.24.
 - 9 Carter Center: Carter Center Statement on Venezuela Election, 30.07.24; AFP: 'No evidence' Venezuela vote hacked, Carter Center election monitor says, 07.08.24; CNN: Panel de la ONU decidió hacer público su informe preliminar frente a la gravedad de la situación en Venezuela, 14.08.24; Efecto Cocuyo: 5 frases de la jefa de la misión del Centro Carter sobre las elecciones del 28 de julio, 09.08.24; El País: La ONU concluye que las elecciones en Venezuela no cumplieron las medidas "de integridad y transparencia", 14.08.24; Tagesschau: UN kritisieren Abstimmung in Venezuela, 14.08.24; El País: Venezuela estudia prohibir la presencia de observadores electorales internacionales, 13.08.24; Financial Times: Brazil and Colombia call for new elections in Venezuela, 16.08.24; Efecto Cocuyo: Veintidós países y UE piden verificación imparcial de resultados electorales de Venezuela, 16.08.24; International Crisis Group: Venezuela: What Next after its Election Uproar?, 02.08.24; Efecto Cocuyo: María Corina Machado dice no a nuevas elecciones, 15.08.24.
 - 10 El País: El Supremo de Venezuela convalida la victoria de Maduro entre críticas por su falta de independencia, 22.08.24; Reuters: Venezuela's top court ratifies Maduro election win as government tightens control, 23.08.24; Amerika21: Nach Wahlprüfung: Oberster Gerichtshof in Venezuela bestätigt den Sieg von Maduro, 23.08.24; New York Times: Venezuela's Supreme Court, Loyal to Maduro, Rules Him Election Winner, 23.08.24; Voz de América: Varios presidentes latinoamericanos rechazan sentencia que convalida triunfo de Maduro, 22.08.24; Spiegel: USA erkennen Urteil zu Maduros Wahlsieg nicht an, 24.08.24.
 - 11 Efecto Cocuyo: Sntp denuncia despidos ilegales en VTV y Radio Nacional de Venezuela, 15.08.24; Efecto Cocuyo: PCV denuncia despidos y acosos del gobierno contra trabajadores del Estado, 20.08.24; Reuters: Dozens forced to quit Venezuela's PDVSA over political views, workers say, 21.08.24.
 - 12 New York Times: No Evidence That Maduro Won, a Top Venezuelan Election Official Says, 26.08.24; Reuters: Venezuela's Maduro shakes up cabinet after contested election, 27.08.24; Tagesschau: Maduro setzt gegen die Opposition auf die Angst, 28.08.24; CNN: Fiscalía de Venezuela citará por tercera vez a Edmundo González; si falta, "anunciará la acción correspondiente", 28.08.24; Reuters: Rallies and arrests mark one month since disputed Venezuela election, 29.08.24; Reuters: Venezuela opposition says leader Pilieri arrested in Caracas after rally, 28.08.24; Reuters: Venezuelan opposition lawyer Perkins Rocha detained, movement says, 27.08.24; Reuters: Venezuela top prosecutor again summons opposition leader amid diplomatic standoff, 27.08.24; Efecto Cocuyo: Rector Delpino se pronuncia: Carezco de evidencia para respaldar resultado, 26.08.24; Efecto Cocuyo: Detienen al abogado Perkins Rocha, coordinador de Vente Venezuela, 27.08.24; Efecto Cocuyo: Maduro nombra a Diosdado Cabello ministro de Relaciones Exteriores, Justicia y Paz, 27.08.24; Efecto Cocuyo: AD alerta sobre detención de su tercer vicepresidente Félix Arroyo, 27.08.24; Crónica Uno: Maduro "remodela" su gabinete: Diosdado Cabello regresa al Ministerio de Interior 22 años después, 27.08.24; Efecto Cocuyo: Detienen al dirigente Biagio Pilieri tras finalizar marcha «acta mata sentencia», 28.08.24; Efecto Cocuyo: Detienen a coordinadora de formación de Súmate, 28.08.24; BBC: Venezuelan opposition leader's lawyer detained, 28.08.24; Efecto Cocuyo: Fiscalía acusa a Perkins Rocha de terrorismo, traición a la patria e incitación al odio, 29.08.24; Efecto Cocuyo: Fiscalía cita por tercera vez a González Urrutia, 29.08.24; The Washington Post: Maduro taps a hard-line loyalist to oversee Venezuela's police, raising fears of a further crackdown, 28.08.24; Reuters: Caracas police detain local journalist in home raid, union say, 27.08.24; Reuters: Venezuelan journalist released after being charged with terrorism, union says, 26.08.24; Crónica Uno: Carmela Longo se suma a lista de periodistas detenidos, 25.08.24.

-
- 13 Tagesschau: Haftbefehl gegen venezolanischen Oppositionsführer, 03.09.24; El País: Edmundo González se mantiene en un lugar secreto, mientras su abogado asegura que no planea “ni irse de Venezuela ni pedir asilo”, 05.09.24; Spiegel: Maduro lässt Weihnachten im Oktober feiern, 04.09.24; Efecto Cocuyo: A 86 asciende cifra de adolescentes excarcelados luego de participar en protestas, 01.09.24; Efecto Cocuyo: Tribunal ordena la aprehensión contra Edmundo González Urrutia, 02.09.24; Crónica Uno: Tarek William Saab cumple amenaza y pide orden de captura contra Edmundo González Urrutia, 02.09.24; Efecto Cocuyo: Familiares de presas políticas en el Inof denuncian malos tratos, violencia física, abusos de autoridad y robos, 02.09.24; Crónica Uno: Gobierno aprovecha megaapagón para militarizar Caracas y acusar a la oposición del colapso eléctrico, 30.08.24; Crónica Uno: En casi un tercio del país persisten las fallas eléctricas 24 horas después del apagón nacional, 31.08.24; El País: Resultados de las elecciones en Venezuela 2024, resumen del 2 de septiembre, 03.09.24; Reuters: Venezuela issues arrest warrant for opposition leader Gonzalez, AG says, 04.09.24; amerika21: Landesweiter Stromausfall in Venezuela, Regierung spricht von Sabotage, 01.09.24; El País: Maduro decreta “el adelanto de la Navidad para el 1 de octubre”, 03.09.24; Efecto Cocuyo: Dirigentes políticos detenidos alrededor de María Corina Machado: qué desafíos se plantean, 04.09.24; Reuters: Venezuela AG received affidavit from opposition leader, lawyer says, 04.09.24; Tagesschau: Oppositionspolitiker González in Spanien, 08.09.24; TalCual: Edmundo González Urrutia sale de Venezuela para recibir asilo en España, 08.09.24; El País: Resultados de las elecciones en Venezuela 2024, en vivo | Edmundo González asegura que su salida “estuvo rodeada de episodios de presiones, coacciones y amenazas”, 09.09.24; BBC: Las fuerzas de seguridad de Venezuela rodean la embajada de Argentina en Caracas mientras crece la tensión con Brasil por la custodia del edificio, 07.09.24.
- 14 Der Spiegel: Ausländer in Venezuela wegen angeblicher Umsturzpläne festgenommen, 15.09.24; Reuters: Venezuela summons diplomats in escalating row with Spain, 13.09.24; Tagesschau: Ausländer wegen "Destabilisierung" festgenommen, 15.09.24; Efecto Cocuyo: EEUU y España se desmarcan de acusaciones de Diosdado Cabello, 15.09.24; El País: Los dos detenidos en Venezuela son dos vecinos de Bilbao que viajaron por turismo, según su familia, 15.09.24; El País: Resultados de las elecciones en Venezuela 2024, en vivo, 15.09.24; CNN: EE.UU. dice que las afirmaciones sobre un complot de la CIA para matar a Maduro son "categóricamente falsas", 15.09.24; France24: Venezuela detiene a dos españoles, tres estadounidenses y un checo por supuesto complot contra Maduro, 15.09.24.
- 15 OHCHR: Report of the independent international fact-finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, 17.09.24; AP News: UN experts decry worsening repression in Venezuela after contested election, 17.09.24; Reuters: Venezuela rejects UN report criticizing opposition crackdown, 20.09.24.
- 16 Associated Press: Independent election experts legitimize tally sheets Venezuela's opposition says prove Maduro lost, 02.10.24; CNN: Centro Carter muestra en la OEA las que asegura son las actas electorales de las elecciones presidenciales de Venezuela, 02.10.24; France24: Venezuela: El Centro Carter presenta ante la OEA unas actas que dan la victoria a Edmundo González, 03.10.24.
- 17 CNN: Dictan privación de la libertad del alcalde de Maracaibo en Venezuela, confirma su esposa, 02.10.24; Efecto Cocuyo: Alcalde de Maracaibo será acusado de corrupción, adelanta la Fiscalía, 02.10.24; Efecto Cocuyo: Detención de alcalde «en nada ayuda a conseguir el sosiego», dice gobernador Manuel Rosales, 02.10.24; Efecto Cocuyo: ¿Quiénes son los cinco alcaldes opositores arrestados en Venezuela durante 2024?, 02.10.24; Efecto Cocuyo: Denuncian detención del alcalde de Maracaibo, 01.10.24; Efecto Cocuyo: Concejales opositores advierten que Psv no tiene mayoría para designar alcalde encargado en Maracaibo y denuncian represión, 09.10.24; Efecto Cocuyo: Concejo Municipal designa a Adrián Romero como alcalde encargado de Maracaibo, 10.10.24; Efecto Cocuyo: Lista de presos políticos en aumento: Foro Penal eleva cifra a 1.916 per-sonas, 09.10.24; Foro Penal: Presos Políticos en Venezuela al 07 de octubre de 2024, 07.10.24; Crónica Uno: #EnClaves | Concejo Municipal nombra alcalde temporal para Maracaibo, 10.10.24; Efecto Cocuyo: Vente Venezuela denuncia detención de dos miembros del equipo de seguridad de Machado, 29.10.24; Amnesty International: Venezuela: Decisive action by UN Human Rights Council supports victims and signals at perpetrators that the world is watching them, 11.10.24.
- 18 Caleidoscopio Humano: Cierran La Voz, uno de los pocos medios impresos que circulaba en Venezuela, 07.10.24; El Diario: El gobierno habría anulado los pasaportes de 40 activistas y periodistas en el contexto poselectoral, 13.10.24; Freedom House: Freedom on the Net. Venezuela 2024, 2024; Crónica Uno: Ataques violentos e intimidación para silenciar en internet se generalizan en Venezuela, 16.08.24.
- 19 Efecto Cocuyo: AN de 2020 destituye al rector del CNE Juan Carlos Delpino y lo sustituye por Conrado Pérez, 17.10.24; Crónica Uno: Asamblea Nacional destituye al rector Delpino, que cuestionó las elecciones del 28J, 17.10.24; CNN: La Asamblea Nacional de Venezuela acusa a Juan Carlos Delpino de “traición a la patria” y lo destituye como rector principal del CNE, 17.10.24; Efecto Cocuyo: Delpino: La única asociación delictiva es la que des gobierna al país, 18.10.24; Miami Herald: Ten weeks ago he declared Maduro won Venezuela's election. He's been missing since, 17.10.24.
- 20 Reuters: Venezuela detains three Americans, two others for alleged terrorism, 17.10.24; Associated Press: Three Americans among latest to be detained in Venezuela over alleged anti-government plot, 18.10.24; DRC: Declaración de DRC sobre la detención de un funcionario en Venezuela, 18.10.24.
- 21 Crónica Uno: Dos organizaciones LGBTIQ+ anuncian cese de actividades por crisis sociopolítica y económica, 14.10.24; Tal Cual: En menos de tres días cerraron dos organizaciones vinculadas a derechos LGBT, 17.10.24.
- 22 Efecto Cocuyo: Colombiano acusado de «mercenario» por Cabello es miembro de una ONG humanitaria internacional, 18.10.24; Infobae: Colombiano es acusado de ser “reclutador paramilitar” en Venezuela: su familia teme por su vida y exige intervención diplomática inmediata, 22.10.24.

-
- 23 Infobae: Hallaron muerto a un opositor en Venezuela: Voluntad Popular denunció que fue asesinado por el régimen de Maduro, 25.10.24; El País: Muere un opositor venezolano días después de desaparecer, 26.10.24; CNN: Autoridades venezolanas investigan “campaña” por muerte de opositor, 26.10.24; The Guardian: Venezuelan opposition says detained activist has been murdered, 25.10.24; Efecto Cocuyo: Director del Cicpc afirma que activista Edwin Santos murió en un accidente de moto, 25.10.24; Efecto Cocuyo: Voluntad Popular dice que muerte de Edwin Santos es «responsabilidad del régimen de Maduro», 25.10.24; Efecto Cocuyo: Edmundo González exige justicia por muerte de Edwin Santos, activista de VP, 25.10.24; Reuters: Venezuelan authorities reject accusation of local opposition leader's murder, 26.10.24; Reuters: Venezuela press groups demand whereabouts of missing journalist, 28.10.24.
- 24 World Justice Project: Venezuela, 23.10.24; World Justice Project: The Global Rule of Law Recession Continues, But Some Progress Emerges, 23.10.24.
- 25 El País: El chavismo se reestructura tras el fracaso electoral, 20.10.24; El País: El chavismo detiene a Pedro Tellechea, destituido como ministro de Industria y Producción hace tres días, 21.10.24; Der Spiegel: Venezuela verhaftet ehemaligen Ölminister, 22.10.24; Reuters: Venezuela arrests former oil minister Tellechea, 21.10.24; El País: Pedro Tellechea, el gestor favorito de Maduro caído en desgracia, 22.10.24; AP: Venezuela arrests a former oil czar and accuses him of working with the US to undermine the industry, 22.10.24.
- 26 Independent International FFM (UN): Detailed Findings of the independent international fact finding mission on the Bolivarian Republic of Venezuela, 14.10.24.
- 27 BBC News: Venezuela frees more than 100 arrested after disputed election result, 17.11.24; CNN: Venezuela frees dozens of prisoners arrested after Maduro's election victory, 16.11.24; Reuters: Venezuela says it frees 225 arrested after anti-government protests, 17.11.24.
- 28 Efecto Cocuyo: MP asegura que a Jesús Martínez Medina se le prestó asistencia médica, 15.11.24; Efecto Cocuyo: Fallece el preso político Jesús Martínez Medina en Anzoátegui, donde fue testigo de mesa, 14.11.24; Efecto Cocuyo: ONG y partidos de oposición condenan muerte de preso político Jesús Martínez Medina, 14.11.24; Efecto Cocuyo: María Corina Machado ante muerte de Martínez Medina: Le negaron cualquier atención médica, 14.11.24; OVP: Con un 135% de hacinamiento sobreviven los presos políticos en Tocorón, 11.11.24; Efecto Cocuyo: Marino Alvarado denuncia que familiares de presos en El Rodeo van a las visitas encapuchados, 16.10.24; Efecto Cocuyo: Comida con gusanos y agua contaminada; así sobreviven los presos políticos venezolanos en Tocuyito, 11.10.24; Efecto Cocuyo: Hijo de presa política con cáncer linfático pide a Saab atención urgente para su madre, 24.10.24; Crónica Uno: Madre de detenido en Tocorón teme por su salud tras retraso en entrega de tratamiento contra el VIH, 10.10.24.
- 29 AP: Venezuela targets opposition with bill that codifies economic sanctions as crimes against humanity, 28.11.24; DW: Venezuela aprueba ley para castigar apoyo a las sanciones, 28.11.24; Efecto Cocuyo: AN de 2020 aprueba ley: cárcel de 25 a 30 años, inhabilitación hasta por 60 años y juicios en ausencia contra quienes apoyen sanciones , 28.11.24; Reuters: Venezuela lawmakers vote for tougher measures on supporters of sanctions, 28.11.24; Efecto Cocuyo: Nicolás Maduro firma la ley que ordena 30 años de prisión a quienes promuevan sanciones, 29.11.24; BBC: Venezuela aprueba una severa ley para castigar hasta con 30 años de prisión a quienes apoyen las sanciones internacionales contra el país, 29.11.24; Finanzas Digital: Gaceta Oficial Extraordinaria N°6958: Ley Simón Bolívar, 01.12.24.
- 30 Der Spiegel: Argentinien fordert freies Geleit für geflohene Oppositionelle, 07.12.24; Buenos Aires Times: Argentina denounces Maduro government at ICC over embassy 'siege', 03.12.24.
- 31 Efecto Cocuyo: Foro Penal registra 18 excarcelaciones de presos políticos en últimas horas, 11.12.24; Crónica Uno: Excarcelan a nueve adolescentes detenidos tras las protestas poselectorales en Anzoátegui, 11.12.24; CNN: El Gobierno de Venezuela dice que 103 personas han sido excarceladas en los últimos tres días; Foro Penal ha confirmado 25, 12.12.24; Efecto Cocuyo: Así ha sido la nueva ronda de excarcelaciones de presos políticos venezolanos, 12.12.24; Swissinfo: Venezuela anuncia más de 300 excarcelaciones tras crisis poselectoral, 12.12.24; CNN: Fiscalía de Venezuela dice que excarceló a más de 500 personas tras protestas poselectorales; Foro Penal solo registró 155, 16.12.24; Reuters: Venezuela has freed 533 election protest detainees, attorney general says, 16.12.24; El País: Maduro intenta bajar la presión por la crisis de legitimidad y anuncia un centenar de excarcelaciones de detenidos en las protestas, 13.12.24; Efecto Cocuyo: Fiscalía asegura que excarcelaron otras 200 personas entre jueves y viernes, 20.12.24; Crónica Uno: Exgobernador Alfredo Díaz tiene más de 24 horas «desaparecido» tras detención del Sebin, 25.11.24; Efecto Cocuyo: Nueve activistas políticos han sido detenidos en solo dos semanas, 21.12.24; Efecto Cocuyo: Desviar atención sobre el 28-J y mensaje de control al Zulia: lo que esconde detención del alcalde de Cabimas, 12.12.24; X: Post Jesús Armas, 04.12.24; Efecto Cocuyo: Familiares de Jesús Armas piden a órganos del Estado información de su paradero, 11.12.24; Crónica Uno: Familiares exigen conocer el paradero del activista político Jesús Armas, 11.12.24; CNN: Oposición venezolana denuncia la detención del político y activista Jesús Armas, 11.12.24; El País: Hombres encapuchados se llevan a un opositor venezolano a la salida de un restaurante en Caracas, 11.12.24; Crónica Uno: Sebin detuvo a tres dirigentes políticos opositores en Bolívar, 12.12.24; ai: Calculated Repression: Stigmatization and Arbitrary Detention for Political Reasons in Venezuela, 31.01.24; Reuters: Argentina hits out at Venezuela over security officer's detention, 14.12.24; Buenos Aires Times: Argentina demands action over Venezuela's 'unjustified' detentions, 16.12.24; Reuters: Argentine president demands release of soldier arrested in Venezuela, 17.12.24; HRW: Venezuela: Reveal Whereabouts of Disappeared Woman, 12.12.24; Efecto Cocuyo: Voluntad Popular denuncia la detención del activista Carlos Alberto Azuaje, 19.12.24.

32 La Patilla: Murió en Tocuyito el preso político Osgual González: el tercer fallecimiento tras protestas poselectorales, 16.12.24; El Nacional: Osgual González, segundo preso político muerto en Tocuyito, recibió tarde atención médica, 16.12.24; El País: Dos presos políticos muertos en 72 horas: alarma por el abandono en las cárceles venezolanas, 17.12.24; DW: Muere un segundo preso en crisis poselectoral en Venezuela, 14.12.24; Crónica Uno: “A mi papá lo castigaron y lo mataron en la cárcel”, 14.12.24; Efecto Cocuyo: Fallece tercer preso político bajo custodia del Estado, denuncia OVP, 16.12.24; ai: Venezuela: “He felt he was dead”: Torture against children for political reasons, 28.11.24; OVP: El régimen de Maduro amenaza a familiares de presos políticos, 16.12.24; OVP: “Fue horrible, me sentí violada sin penetración”, el relato de una madre durante la requisa de Yare III, 09.12.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-193X

Stand

12/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de